

Erscheint einmal wöchentlich mit Wulf. Gedächtnisblättern „Heimat und Welt“ und der Abberichtung „Reichsmat“. Sonderhefte des Zeitungsbogens „Das Deutsche Blatt“, „Unterhaltung und Willen“, „Die Welt der Frau“, „Beruflicher Volksberater“, „Das gute Buch“, „Gesundheitsbau“. Monatlicher Preisgeldpreis 3 M. einfache Zeitungslieferung. Einzelpreis 10 M. Sonnabend- u. Sonntagseinzelnummer 20 M. Hauptredakteur: Dr. G. Debeauf, Dresden.

Verlagssitz: Dresden
Ausgabenpreise: Die 16seitige Zeitung 10 M., Familienzeitung 12 M. u. Illustrirte 20 M. Die Zeitungskomplett 10 M. Zeit. 1 M. für Auslagen außerhalb des Verbreitungsbereichs 40 M. die Zeitungskomplett 120 M. Preisge. 30 M. Im Falle höherer Gewalt erfordert jede Bezeichnung auf Verleihung sowie Erstellung d. Auslagen. Rücksicht u. Verleihung d. Schriften nach Rechtschreiber's Zeil: Franz Wagner, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Marienstr. 12. Februar 1931

aus 1930.

Neue Opfer Moskaus

Vier Tote beim „Weltkampftag der Erwerbslosen“ in Leipzig

Der von den Kommunisten auf Weisung Moskaus für den 25. Februar angelegte „Weltkampftag der Erwerbslosen“ hat in verschiedenen Städten des Reiches zu Zusammenstößen mit Demonstranten und Polizei geführt.

In Leipzig

hatten diese Zusammenstöße vier Todesopfer. Bei kommunistischen Ansammlungen in Leipzig-Volkmarsdorf sah sich die Polizei genötigt, zur Waffe zu greifen, nachdem aus den Reihen der Demonstranten geschossen wurde. Drei Demonstranten wurden auf der Stelle getötet, während ein vierter im Krankenhaus verstarb. Mehrere Personen, darunter ein 18jähriger Junge, wurden verletzt.

Der Polizeibericht teilt dazu mit: Infolge des bestehenden Demonstrationverbots waren die von kommunistischer Seite geplanten Demonstrationen und Kundgebungen im Freien aus Anlass des internationalen Weltkampftags gegen die Erwerbslosigkeit am 25. Februar politisch untersagt. Deshalb sorgfältig vorbereitete politisch festgestellte kommunistische Parteianhänger im Laufe des Mittwochs an mehreren Stellen der Stadt gesammelt, in denen ein Aktionsteam zum Sturm gegen das Demonstrationverbot aufgerufen. Die gegen 3 Uhr nachmittags in zwei Wohneilen im Osten und Westen Leipzigs von 1200 und 1500 Personen besuchten Erwerbslosenversammlungen verließen reibungslos und waren gegen 5 Uhr beendet. So bildeten sich dann in der Nähe des Zeltenhellers und des Lindenauer Marktes wiederholte Zusammenstötungen zwischen den beteiligten Elementen, die durch die Polizei zerstreut wurden.

Im Osten Leipzigs bildete sich nach Bekanntmachungsschluss in der „Grünen Schänke“ ein starker Demonstrationszug, der in Richtung Volkmarsdorfer Markt marschierte und etwa 2000 Personen zählte. Ein Polizeikommando, das sich dem Demonstrationszug in der Gegend der Elisabeth- und Konradstraße entgegenstellte, wurde aus der Menge mit Steinen beworfen und sogar beschossen. Hierbei wurden sechs Polizeibeamte durch Steinwürfe mehr oder weniger schwer verletzt, während ein Polizeibeamter einen Schenkkreisschuss erhielt und bei einem andern Beamten das Gesicht am Kopfsteinloch abriss.

Daraufhin machten die Polizeibeamten von der Schanze Waffe Gebrauch. Die ausführliche Menge ging zunächst zurück, sammelte sich jedoch logisch wieder und bedrängte die Polizeibeamten erneut, so dass diese nochmals von der Schanze Waffe Gebrauch machen mussten. Hierbei wurde einer der Au-

wärter getötet. Acht weitere wurden verletzt. Vorwiegend waren es Verletzungen schwerer Natur. Drei dieser Personen sind nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus verstorben. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch ein 18jähriger Knabe mit einem Steckhaken in der Schulter, den er, als Neugieriger an der Donauufer stehend, erhalten haben soll. Mehrere der Schwerverletzten schwanden noch in Lebensgefahr.

Die Namen der Toten lauten: Hermann Gödlich, Kaufmännischer, 21 Jahre alt, Leipzig-Volkmarsdorf wohnhaft, Otto Ludwig, 25 Jahre alt, in Leipzig-Reudnitz wohnhaft, und Walther Borchert, Glassmaler, 27 Jahre alt, in Leipzig-Reudnitz wohnhaft. In den späteren Abendstunden kam es in der Nähe des NDK-Arbeitskollegs Rosenthal in Leipzig-Lindenau zu Ausschreitungen radikaler Elemente, gegen die polizeilich eingegriffen wurde. Eine Anzahl Personen wurden festgenommen.

Die Gerüchte, daß es im Westen der Stadt am Mittwochabend zu rechtlichen Plündereien von Geschäften gekommen sei, bestätigten sich in dieser Form nicht. Lediglich in einem Lebensmittelgeschäft wurde eine Rentierschweine eingeworfen.

Geringe Zwischenfälle in Dresden

In Dresden kam es, nach dem Polizeibericht, am Nachmittag und in den Abendstunden zu Zusammenstößen besonders in der Postplatzregion, in der Prager und Sachsenstraße, und in anderen Stadtteilen. Nebenbei war die Polizei sofort mit ausreichenden Kräften zur Stelle und griff unter Anwendung des Gummiknüppels durch. Am Flughafenplatz, wo die Demonstranten begannen, die Beamten mit Ziegelsteinen zu bewerfen und auch sonst gegen sie fäulich zu werden, mußte ein Beamter von der Schanze Waffe Gebrauch machen. Der durch den Schanze Verletzte ist anscheinbar von den Demonstranten geboren worden. Aufgenommen wurden im ganzen nur 15 Personen, die die Demonstranten beim Rufen der Polizei fast jedesmal sofort in wilder Flucht auseinanderstieben.

Dresdner Polizei wurde im Laufe des Nachmittags auch noch in Hellerau, Radeberg und Freital eingekämpft. In Freital wurden Demonstranten, die vor der Deutschen Polizeiwache standalierten, durch den Dresdner Polizeiwehr auseinandergetrieben. — Aus Kommenz wird ruhiger Verlauf des „Weltkampftages“ gemeldet.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der „sozialistische Aufbau“

Die programmatische Rede Stalins auf der Moskaus Industriekonferenz war, wie das nicht anders erwartet werden konnte, von einem Optimismus getragen, der bezüglich des Jahres 1931 eine Zielsetzung zugrunde legt, welche auf den wichtigsten Gebieten eine Durchführung des Fünfjahrsplans in drei (1) Jahren gewährleisten soll. Dem abgewirtschafteten kapitalistischen System der Außenwelt wurde die neue Gesellschaftsordnung entgegengestellt, innerhalb deren für Krisen, Arbeitslosigkeit, Massenelend und dergl. mehr kein Platz ist. Wenn die amtlichen Blätter die Darlegungen noch weiter ausführen, so beweisen sie damit dem auftretenden Beobachter, daß die angeblich geplante Lage in Ausland von ihnen nicht als Krise angesprochen wird, trotzdem, um nur ein Beispiel vorweg zu nehmen, die „Weischnaja Moskwa“ — Moskaus Abendzeitung — vom 6. Februar 1931 feststellt, „daß die Hauptstadt in der Zeit von Oktober bis Dezember 1930 einschl. nur über 22 Prozent (1) der erforderlichen Milchmenge verfügt; daß die verantwortliche landwirtschaftliche Stelle im Moskauer Gebiet 100 Milchwirtschaftsbetriebe einrichten sollte, aber in Wirklichkeit nicht einen einzigen (1) eingerichtet hat.“ Mit angeblich unanfechtbaren statistischen Unterlagen werden die bisherigen Errungenschaften belegt und der Ausblick in die nahe Zukunft rosa in rosa gezeichnet. Im Gegensatz zu derartigen nach innen und außen berechneten Euphorien stehen nun allerdings einige Einschätzungen, welche die Richtigkeit der Moskauer Prognose in einem etwas anderen Lichte erscheinen, und in das harmonische Bild einige Dissonanzen hineinringen lassen.

Außer mehrerer kurzer Aussagen der Sowjetpresse wird es möglich sein, Blick vom Schatten zu unterscheiden. Unter den vielen Sorgentümern der Sowjetwirtschaft befindet sich mit an erster Stelle das Transportwesen. Nach vielen vergeblichen Versuchen, unter den Eisenbahnen Schlendrian, Motorwirtschaft und Transkraft zu bekämpfen, sieht die Regierung nunmehr ihr letztes Heil in der Bestellung von speziellen Staatsanwälten für die Eisenbahnen. Die Eisenbahnerzeitung „Gubol“ berichtet darüber unter dem 15. Januar 1931: „Die Staatsanwälte der Bahn haben einen energischen Kampf gegen die Verletzung der Arbeitsdisziplin, die Nichtbeachtung der Fahrpläne, die nicht gewissenhafte Ausführung von Reparaturen, die Untreue verantwortlicher Beamten, Diebstähle und ähnliche Verhöre des Personals zu führen.“ Dem im argen liegenden Eisenbahndienste kommt auch ein Befehl des Arbeitskommissars zu Hilfe; in der „Iszweitja“ vom 18. Januar wird mitgeteilt: „Allen arbeitsfähigen Personen, welche früher einmal im Eisenbahndienste tätig waren, wird unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung befohlen, zu ihrem Dienst zurückzukehren; ebenso machen sich diejenigen Strafbar, welche solche Personen nicht sofort einzuladen.“ Nebenbei bemerkt ist eine analoge, wenn auch in etwas weniger scharfer Form gehaltene Verfügung vom Volkskommissar für das Bildungsweisen hinzu, nämlich der Volkschullehrer erlassen worden. Wie zeitgemäß und dringlich dieser Befehl anscheinend ist, darüber gibt dieselbe Zeitung vom 20. Januar 1931 ergänzende Auskunft; sie schreibt: „In Mittelungen des Eisenbahndienstes sind viele Stationsvorsteher, Gehilfen solcher, Majestäten, Schlosser und andere Eisenbahner zu den Konsumvereinigungen übergegangen.“ (Ann. d. Berl.: Bei der künstlich gewordenen Spannung auf dem Lebensmittelmarkt sind die Angestellten der Konsumgenossenschaften bei der Nahrungbeschaffung mancherlei Sorgen entstanden.) Es sind Fälle verzeichnet, daß ein alter undiger Moskinit hinter dem Stationsbüro steht, daß ein Rangierer eine kleine Verlaufsblende leitet, und daß ein erfahrener Schlosser in einer Geburtsabteilung herumkommandiert. Ingenieure und Techniker nehmen in Wirtschaftsorganisationen eine Stellung an, wobei sie mit einem höheren Gehalt rechnen. Sie haben im Vermerk Eisenbahndienst in der letzten Zeit 180 Ingenieure den Dienst verlassen. Diese Erscheinung ist auch in vielen anderen Eisenbahndiensten anzutreffen.“

Um aber ein noch genaueres Bild über die teilweise fortrenden Zustände, welche gemeinsam an den westeuropäischen „bourgeois“, geradezu ungeheuerlich sind, zu bekommen, muß man aus begrifflichen Gründen nicht die großen Zeitungen zur Hand nehmen, sondern kleinere, die nicht oder sehr selten von Ausländern gelesen werden und sich nicht mit Hemmungen behaftet wissen. Eine diesbezügliche Mitteilung bringt die „Rabotshaja-Gazeta“ — Arbeiter-Zeitung — vom 20. Januar 1931: „Im Eisenbahndienst Befu der Transkaukasischen Bahnen steigt die Zahl der Unfälle mit jedem Monat. Wenn ihre Zahl zu Anfang des Jahres ungefähr 100 monatlich betrug, so stieg sie im verflossenen Dezember fast auf 200. Von Arbeitsdisziplin kann überhaupt keine Rede sein. Schnaps in den Werkstätten, Schnaps in den Zügen, Schnaps auf den Lokomotiven, Lokomotiv- und Zugpersonal sind derart dem Trunk erlagen, daß ihre Jüge mehrere Haltestellen

Absagen an Hindenburg

Hugenberg und Hitler

Der Brief des Reichspräsidenten v. Hindenburg an den Abgeordneten Wege, in dem die Deutschnationalen zur Mitarbeit an der Regierung aufgerufen werden, hat in den Reihen der Deutschnationalen Partei einige Unbehagen verursacht. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, General Hugenberg, hat mehrfach Gelegenheit genommen, sich zu diesem Briefe zu äußern. Seine erste Stellungnahme — in einem Artikel des „Volksanzeigers“ — war förmlich ablehnend. Anzuhören aber scheinen ihm soziale Bedenken gehörten zu sein, denn in einer Rede in Braunschweig hat er sich am Mittwoch in etwas anderem Tone geäußert. Nach dem Verlust des Conti-Vöros führte er aus:

„Der Reichspräsident hat in Beantwortung einer Eingabe unserer Bauernführers Wege den Auf an die Deutschnationalen gerichtet, sich an der Arbeit für die Landwirtschaft im Reichstag zu beteiligen, d. h. in den Reichstag zurückzukehren. Der Reichspräsident wird von seiner Umgebung nicht zutreffend unterschreiten. Das war beim Youngplan so, das war bei der Bildung der Regierung Brüning so, das war auch heute so. Wir haben es stets für verhängnisvoll gehalten, daß die Regierung Brüning sich als „Hindenburgabenteuer“ auffasst und für ihre schlechte Politik Schutz und Deckung hinter der Person des Reichspräsidenten sucht. Das befürwortet die Geschäftsherrn, daß die Autorität des von uns verehrten Reichspräsidenten abgenommen wird. — Der Brief Hindenburgs wird in der Regierungspresse als „Brüche“ zu den Deutschnationalen gemitteilt. Er könnte es in Verbindung mit einem entsprechenden Briefe an das Zentrum werden, der dazu beiträgt, die Bahn für die Rechte freizumachen.“

Hugenberg hat also den verehrten Reichspräsidenten noch nicht ganz aufgegeben und möchte nun den Spieß umdrehen und Hindenburg als Deutmittel gegen das Zentrum benutzen. Der Deutschnationalen Parteiführer überblickt nur gesittlichlich, daß für eine Koalition des Zentrums mit der Rechten gar keine Rechtheit vorhanden ist, da die Nationalsozialisten noch wie vor einer sozialen Koalition ablehnen. Die Nationalsozialisten wollen

allein die Macht, und sie wollen auch die Deutschnationalen nicht daran teilnehmen lassen. Zuletzt werden in der nationalsozialistischen Presse die Deutschnationalen in gleicher Weise als „Konservativen“ bezeichnet, die den Zentrum und die Deutsche Volkspartei gegenübergestellt werden.

Trotzdem hat Hugenberg die Zelle, davon zu sprechen, Hindenburg sollte den Weg für die Rechte freimachen — obwohl es diese Rechte als Willenseinheit garnicht gibt! Zu allem Überfluß hat am Dienstagabend Adolf Hitler sich im rücksichtslosen Bürgerbraukeller in München zu dem Anzug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag und zu dem Briefe Hindenburgs geäußert. Nach dem Bericht des „Arbeitskampfes“ bestreitet Hitler in dieser Rede entschieden, daß der Anzug der Reichsopposition aus dem Reichstag gegen seinen Willen erfolgt sei. „Es geschieht nichts, ohne daß ich es weiß oder willige, noch mehr: Es geschieht nichts, ohne daß ich es wünsche.“ Wie werden jedes Mittel ergriffen, um das gegenwärtige Regime zu beseitigen? Die Nationalsozialisten würden sich auch durch den Brief des Reichspräsidenten v. Hindenburg in ihrer Taktik nicht irre machen lassen. Hindenburg sei wohl ein Schlechterlenker gewesen, aber er sei kein politischer Lenker, sondern er werde selbst geleitet. Wenn der Reichspräsident hofft, daß eine nationale Opposition seine Politik reise, so erklären die Nationalsozialisten, daß sie dieser Brief auch holt lassen. Sie gingen in den Reichstag in dem Augenblick wieder hinein, in dem es ihnen für das deutsche Volk zweitmäßig erschien. Die im Reichstag verbliebenen bürgerlichen Parteien machten zwei Drittel ihrer Politik mit den Marxisten, sie sollten auch das letzte Drittel mit ihnen machen.“ Diese Rede spricht für sich selbst. Daß die Autorität Hindenburgs bei den Nationalsozialisten nichts gilt, wissen wir seit dem Jurur des Abgeordneten Killinger im Südlichen Landtag: „Ich habe keine Rücksicht vor diesem Manne!“ Für Hitler Selbstgefühl aber ist der Satz „Es geschieht nichts, ohne daß ich es wünsche“ ungemein charakteristisch. Vielleicht hat Herr Schlemmer Hugenberg einmal über diese Worte eine berühmte Bemerkung ab. Denn wenn einmal in Deutschland das „Dritte Reich“ ausbrechen sollte, dann wird Herr Hugenberg ebensoviel etwas zu melden haben, wie Hindenburg und Brüning, dann geschieht nur noch, was Adolf Hitler „wünscht“.